

Anschlussbedingungen

Ausgabe 04.2024

Allgemeines

Der Arbeitgeber schliesst sich der Allianz Pension Invest - Teilautonome Sammelstiftung für berufliche Vorsorge (nachfolgend "Stiftung" genannt) an, um für die zu versichernden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen seines Unternehmens die berufliche Vorsorge im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) nach Massgabe eines oder mehrerer beantragter Vorsorgepläne, welche in den Besonderen Reglementsbestimmungen (BRB) abgebildet sind, durchzuführen.

Der Anschluss basiert auf dem durch den Arbeitgeber aufgrund der Offerte für die berufliche Vorsorge der Stiftung gestellten Antrag auf Anschluss seines Unternehmens zwecks Durchführung der beruflichen Vorsorge zugunsten seines Personals und der Annahmeerklärung der Stiftung.

Für den Anschluss gelten die vorliegenden Anschlussbedingungen.

Inhaltsverzeichnis

Ziffer

1. Offerte für die berufliche Vorsorge
2. Gültigkeit der Offerte
3. Antrag für die berufliche Vorsorge
4. Durchführung / Verwaltung
5. Vorsorgekommission
6. Vorsorgereglement / Vorsorge-Ausweis / Merkblatt
7. Freiwillige Versicherung
8. Anschluss an mehrere Vorsorgeeinrichtungen
9. Sparprozess
10. Risikoversicherung
11. Frühere Vorsorgeeinrichtung
12. Auskunfts- und Mitteilungspflichten des Arbeitgebers
13. Versicherungsschutz / Haftung

Ziffer

14. Konten
15. Zahlungsverpflichtungen
16. Überschussbeteiligung
17. Vertragsbeginn und -ende
18. Folgen der Vertragsauflösung
19. Vertragsablösung
20. Behandlung und Schutz von Daten und Privatsphäre
21. Änderung der Anschlussbedingungen
22. Schlussbestimmungen
23. Anwendbares Recht / Rechtspflege

1. Offerte für die berufliche Vorsorge

- | | |
|---|--|
| <p>1.1. Die Offerte zur Durchführung der beruflichen Vorsorge oder Planänderung basiert auf den Vorgaben des Arbeitgebers betreffend Art und Umfang der Vorsorge sowie den Kreis der zu versichernden Personen (nachstehend "Arbeitnehmer" genannt) samt Angaben zu Lohn, Alter und Arbeitsfähigkeit.</p> | <p>1.2. Die Offerte beinhaltet den in den Besonderen Reglementsbestimmungen (BRB) abgebildeten Vorsorgeplan und basiert auf den im Sammelausweis individuell nach Personen ausgewiesenen Vorsorgeleistungen und Beiträgen.</p> |
|---|--|
-

2. Gültigkeit der Offerte

- | | |
|---|--|
| <p>2.1. Die Offerte ist während drei Monaten ab dem Erstellungsdatum gültig. Die Leistungs- und Beitragsberechnung in der Offerte erfolgt unter Berücksichtigung der bei der Stiftung zu aufliegenden Altersgutschriften und in Anwendung des bei Erstellung der Offerte gültigen Kollektivtarifs für die Risikoversicherung bei der Allianz Suisse Lebensversicherungsgesellschaft AG (Allianz Suisse Leben). Tritt vor Ablauf der drei Monate eine Änderung des Tarifs von Allianz Suisse Leben für die Versicherung der Risiken Tod und Invalidität in Kraft, wird die Offerte ab diesem Zeitpunkt hinfällig.</p> <p>2.2. Die Berechnungen basieren auf den Angaben des Arbeitgebers oder der bisherigen Vorsorgeeinrichtung betreffend Personal- und Versicherungsdaten (namentlich betreffend die Höhe der - nach allfälligem Abzug von Fehlbeträgen zufolge Unterdeckung - bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung resultierenden individuellen Altersguthaben) sowie den aktuellen im Zeitpunkt der Erstellung der Offerte geltenden Ansätzen für Zins und Rentenumwandlungssatz und berücksichtigen beim Lohn die aktuellen Grenzbeträge gemäss BVG.</p> | <p>Änderungen bei den dieser Offerte zu Grunde liegenden Annahmen führen zu Anpassungen der Beiträge und Leistungshöhen und können zusätzlich Vorbehalte und tarifliche Umklassifizierungen zur Folge haben.</p> <p>2.3. Die Offerte bezieht sich ausschliesslich auf den aktiven Personalbestand (vollständig und teilweise erwerbsfähige Personen).</p> <p>2.4. Werden die Versicherungen für Bezüger von Rentenleistungen, einschliesslich allfälliger Anwartschaften, bei der vorherigen Vorsorgeeinrichtung aufgelöst, ist mit der Stiftung eine separate Vereinbarung betreffend die Übernahme der Rentenverpflichtungen abzuschliessen. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so sind die unterbreitete Offerte für die berufliche Vorsorge und der Anschluss an die Stiftung auch für den aktiven Personalbestand rückwirkend per Beginn hinfällig.</p> |
|---|--|
-

3. Antrag für die berufliche Vorsorge

- | | |
|---|--|
| <p>3.1. Der Arbeitgeber entscheidet zusammen mit der Arbeitnehmervertretung des Unternehmens, ob aufgrund der Offerte der Anschluss an die Stiftung beantragt werden soll. In diesem Falle unterzeichnet der Arbeitgeber den Antrag. Mit der Unterzeichnung des Antrags bestätigt der Arbeitgeber, dass der Antrag im Einverständnis mit dem Personal oder mit der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitnehmervertretung erfolgt. Die Auswahl der für das Vorsorgewerk massgebenden BRB im Rahmen der von der Stiftung festgelegten Möglichkeiten obliegt der Vorsorgekommission, die den Antrag zu diesem Zweck mitunterzeichnet.</p> <p>3.2. Die Stiftung entscheidet über die Annahme des Antrags des Arbeitgebers nach Prüfung der vollständig eingereichten Antragsunterlagen. Grundlage hierzu bilden die gültigen Annahmerichtlinien.</p> | <p>3.3. Die Stiftung kann die Annahme des Antrags von einer Risikoprüfung abhängig machen. Risikoprüfungen können für einzelne Personen zu Vorbehalten führen oder die Ablehnung des beantragten Anschlusses zur Folge haben. Vorbehalte schränken lediglich die Versicherungsdeckung ein und haben keinen Einfluss auf das Zustandekommen des Anschlusses.</p> <p>3.4. Die Annahme des Antrags erfolgt durch Zustellung einer unterschriftlichen Annahmeerklärung an den Arbeitgeber.</p> |
|---|--|
-

4. Durchführung / Verwaltung

- | | |
|---|--|
| <p>4.1. Die Stiftung führt für jeden angeschlossenen Arbeitgeber nach Massgabe der BRB ein separates Vorsorgewerk. Die Vertretung des Vorsorgewerks nach aussen, insbesondere gegenüber dem Arbeitgeber, der Aufsichtsbehörde, dem Sicherheitsfonds sowie anderen Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen richtet sich nach dem Organisationsreglement der Stiftung.</p> <p>4.2. Die Stiftung hat die Allianz Suisse Leben mit der technischen Verwaltung und Abwicklung der Vorsorgeverhältnisse beauftragt. Allianz Suisse Leben nimmt im Auftrag der Stiftung rechtsgültig alle Handlungen vor, welche in diesem Rahmen erforderlich sind. Sie ist namentlich befugt, alle die Vorsorgeverhältnisse betreffenden Unterlagen und Informationen insbesondere an Arbeitgeber, versicherte Personen, Rentner, übrige Anspruchsberechtigte und Behörden bekannt zu geben und von diesen entgegenzunehmen.</p> <p>4.3. Mitteilungen an Arbeitgeber, versicherte Personen und Rentner sowie übrige Anspruchsberechtigte erfolgen</p> | <p>rechtsgültig an die jeweils zuletzt bekannt gegebene Adresse in der Schweiz. Die Stiftung ist berechtigt aber nicht verpflichtet, ihre Mitteilungen an die in öffentlichen Registern, namentlich im Handelsregister, publizierte Adresse des Arbeitgebers zu richten.</p> <p>4.4. Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Stiftung und die Vorsorgewerke betreffende Informationen und Dokumente im Internet (www.allianz.ch) abrufbar zur Verfügung zu stellen. Im Internet publiziert werden können insbesondere die für die Durchführung der Vorsorge vorgesehenen besonderen Formulare, die Anschlussbedingungen, die allgemeinen Reglementsbestimmungen (ARB), das Kostenreglement, die Bestimmungen für das Beitragskonto sowie die geltenden Zinssätze, die Stiftungsurkunde und das Organisationsreglement und Hinweise auf Änderungen dieser Dokumente sowie die Namen der Mitglieder des Stiftungsrates, Durch-</p> |
|---|--|
-

führung von Neuwahlen oder Nachnominierungen des Stiftungsrates, die Jahresrechnung und der Jahresbericht der Stiftung.

Dokumente und Informationen gelten gegenüber dem Arbeitgeber und der Vorsorgekommission als zugestellt, sobald sie im Internet abrufbar sind.

Der Arbeitgeber hat die so im Internet abrufbaren Dokumente und Informationen abzurufen und bestimmungsgemäss zu verwenden und sie den versicherten Arbeitnehmern zugänglich und in geeigneter Form bekannt zu machen.

Auf ausdrückliches schriftliches Verlangen stellt die Stiftung dem Arbeitgeber die im Internet abrufbaren Dokumente und Informationen in anderer gleichwertiger Form (Papierform oder Datenträger) zur Verfügung.

Die Stiftung ist berechtigt, die Publikation im Internet jederzeit einzuschränken oder einzustellen.

- 4.5 Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Meldungen, Mitteilungen, Weisungen oder Aufträge auszuführen, die ihr via E-Mail oder auf andere elektronische Weise zugehen.

5. Vorsorgekommission

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, für das Vorsorgewerk seines Unternehmens eine Vorsorgekommission als paritätisches Organ seines Vorsorgewerkes zu bilden. Wahlmodus, Rechte und Pflichten der Vorsorgekommission richten sich

nach dem vom Stiftungsrat der Stiftung erlassenen Organisationsreglement. Der Arbeitgeber sorgt dafür, dass die Vorsorgekommission jederzeit gemäss den gesetzlichen und reglementarischen Anforderungen zusammengesetzt ist und er hat dies auf Verlangen der Stiftung nachzuweisen.

6. Vorsorgereglement / Vorsorge-Ausweis

6.1. Die Vorsorge, namentlich das Vorsorgeverhältnis, ist durch ein entsprechendes Reglement geregelt. Dieses enthält Bestimmungen über den versicherten Personenkreis, den Beginn und das Ende der Versicherung, die versicherten Leistungen, die Finanzierung sowie die Rechte und Pflichten der versicherten Personen, Rentner, übrigen Anspruchsberechtigten, des Arbeitgebers sowie der Stiftung. Das Vorsorgereglement besteht aus zwei Teilen, einerseits aus den BRB, welche von der Vorsorgekommission genehmigt werden, und andererseits aus den ARB, welche durch den Stiftungsrat erlassen werden und deren jeweils aktuelle Fassung ausschliessliche Gültigkeit hat.

6.2. Nach Annahme des Antrags des Arbeitgebers auf Durchführung der beruflichen Vorsorge durch die Stiftung und dem Zustandekommen des Anschlusses sind die für das

Vorsorgewerk darin abgebildeten BRB massgebend.

- 6.3. Die versicherten Personen erhalten regelmässig einen Vorsorge-Ausweis, dem die aktuellen Angaben über ihre individuellen Vorsorgedaten, die versicherten Leistungen und die Finanzierung ihrer Vorsorge zu entnehmen sind.
- 6.4. Der Arbeitgeber muss verschlossene, mit dem Namen der versicherten Person versehene Umschläge, die ihm von der Stiftung zu Händen der versicherten Person zugestellt werden, sofort ungeöffnet der versicherten Person aushändigen oder an sie weiterleiten.
- 6.5. Der Arbeitgeber ist zudem verpflichtet, den versicherten Personen die BRB sowie allfällige weitere Informationsblätter in geeigneter Form bekannt zu machen.

7. Freiwillige Versicherung

7.1 Versicherung im Vorsorgewerk der Arbeitnehmer

7.1.1 Der selbständig erwerbende Arbeitgeber kann sich freiwillig im Vorsorgewerk seiner Arbeitnehmer versichern lassen. Der Arbeitgeber hat der Stiftung schriftlich und unaufgefordert mitzuteilen, wenn er infolge Austritts aller seiner Arbeitnehmer als einzige versicherte Person im Vorsorgewerk verbleibt und keine Aussicht mehr besteht, dass in absehbarer Zeit wieder zu versichernde Arbeitnehmer beschäftigt werden.

7.1.2. Der Anschluss wird per Ende des dem Austritt des letzten versicherten Arbeitnehmers folgenden Kalenderjahres aufgelöst.

7.1.3. Für allfällige Folgen einer Verletzung der Meldepflicht betreffend Austritt aller Arbeitnehmer (insbesondere für Forderungen der Steuerbehörde) ist ausschliesslich der Arbeitgeber haftbar.

7.2 Verbandslösung

7.2.1. Die selbständig erwerbende Person ohne Arbeitnehmer kann sich freiwillig bei der Stiftung versichern lassen, wenn der Berufsverband, dem sie angehört, mit der Stiftung die Durchführung der beruflichen Vorsorge vereinbart hat (Verbandslösung).

7.2.2. Die Bestimmungen dieser Anschlussbedingungen gelten auch für die Verbandslösung. Die selbständig erwerbende Person ohne Arbeitnehmer ist überall dort, wo sich eine Bestimmung auch auf die Eigenschaft des Arbeitgebers als Vertragspartei im Anschlussverhältnis bezieht im Begriff "Arbeitgeber" und dort, wo sich eine Bestimmung

auf die Eigenschaft als versicherte Person bezieht im Begriff "Arbeitnehmer" mitgemeint.

- 7.2.3. Zusätzlich gelten bei der Verbandslösung nachfolgende Besonderheiten:
- versichern lassen können sich nur selbständig erwerbende natürliche Personen ohne Arbeitnehmer;
 - der Anschluss an die Stiftung setzt eine vom Verband schriftlich bestätigte Verbandsmitgliedschaft voraus. Entfällt die Verbandsmitgliedschaft, löst die Stiftung den Anschluss auf. Die Auflösung richtet sich nach der zwischen Stiftung und massgebendem Berufsverband zur Verbandslösung getroffenen Vereinbarung;
 - der Vorsorgeplan muss den vom Verband vorgegebenen Planmöglichkeiten entsprechen;
 - wird Personal eingestellt, ist dieses nicht in der Verbandslösung versichert. Wird das Personal der Stiftung gemeldet, wird die Verbandslösung durch eine Lösung gemäss Ziffer 7.1 ersetzt;
 - möchte die selbständig erwerbende Person ohne Arbeitnehmer die berufliche Vorsorge aufgeben, kann sie den Anschluss unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres auflösen.

8. Anschluss an mehrere Vorsorgeeinrichtungen

- 8.1. Ist der Arbeitgeber bereits einer oder mehreren anderen Vorsorgeeinrichtungen angeschlossen, so dass bei der Stiftung versicherte Personen gleichzeitig auch bei anderen Vorsorgeeinrichtungen versichert sind, hat er dafür zu sorgen, dass unter Berücksichtigung der Vorsorge bei den anderen Vorsorgeeinrichtungen der Grundsatz der Angemessenheit für die Gesamtheit der Vorsorgeverhältnisse eingehalten ist.
- 8.2. Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die bei ihr bestehende Vorsorge anzupassen, falls infolge des Anschlusses an andere Vorsorgeeinrichtungen der Grundsatz der Angemessenheit für die Gesamtheit der Vorsorgeverhältnisse nicht eingehalten sein sollte.

9. Sparprozess

- 9.1. Die Stiftung führt den Sparprozess und verwaltet das Vorsorgevermögen autonom.
- 9.2. Die Anlage des Vorsorgevermögens durch die Stiftung erfolgt unter Wahrung der gesetzlichen Anlagevorschriften des BVG gemäss den Anlagerichtlinien im Anlagereglement.
- 9.3. Die Stiftung bildet zum Ausgleich von versicherungstechnischen und finanziellen Schwankungen Wertschwankungsreserven und erlässt hierzu ein Rückstellungsreglement.
- 9.4. Die Stiftung führt den Sparprozess als umhüllende Vorsorge.
- 9.5. Die Stiftung wendet gemäss dem Vorsorgeplan des Vorsorgewerks für die Umwandlung des von der versicherten Person erworbenen Altersguthabens in Renten sowie für die Verzinsung des Altersguthabens andere Sätze an als jene, welche für die obligatorischen Vorsorge gemäss BVG (BVG-Altersguthaben) massgebend sind. Der Zinssatz kann tiefer sein als der Mindestzinssatz nach BVG oder auch Null betragen. Für unterjährige Austritte und Pensionierungen legt die Stiftung den Zinssatz zu Beginn des Jahres fest. Der Zinssatz für die Verzinsung des per Ende des Jahres vorhandenen Altersguthabens wird von der Stiftung aufgrund des Jahresergebnisses und der finanziellen Möglichkeiten der Stiftung festgelegt. Dieser Zinssatz kann vom zu Beginn des Jahres festgelegten Zinssatz abweichen.
- 9.6. Die Stiftung führt die BVG-Schattenrechnung, um die Einhaltung der gesetzlichen Mindestvorsorge gemäss BVG sicherzustellen.

10. Risikoversicherung

- 10.1. Die Stiftung hat mit Allianz Suisse Leben eine Risikoversicherung zur Deckung der gemäss BRB versicherten Risiken (Tod und Invalidität) abgeschlossen.
- 10.2. Der Tarif von Allianz Suisse Leben sieht für einzelne Risiken eine Risikoklassentarifierung und Erfahrungstarifierung vor. Für die kleineren Verträge kommt ein Risikoklassenumteilungssystem zur Anwendung, bei dem der Vertrag im Rahmen der im Tarif definierten Risikoklassen und Schadenerfahrung in die nächsthöhere oder tiefere Risikoklasse umgeteilt wird. Wenn die in den Bedingungen für die Kollektivversicherung festgehaltenen tariflichen Voraussetzungen erfüllt sind, kommt die Erfahrungstarifierung zur Anwendung. Die Einzelheiten sind in den Besonderen Bedingungen Kollektivversicherung mit Tarifklassen- und Erfahrungstarifierung für das Risiko Invalidität (BB KL TkErT IV) geregelt.
- 10.3. Hat Allianz Suisse Leben im Tarif vorgesehene Abweichungen von den Risiko- und Kostenprämien gewährt, so entfallen diese, sobald deren Grundlage nicht mehr gegeben ist. Werden infolge dessen die entsprechenden Prämien erhöht, sind diese geschuldet, ohne dass ein Kündigungsrecht besteht.
- 10.4. Der für die Berechnung der Prämien massgebende Tarif oder Teile davon können von Allianz Suisse Leben mit Genehmigung der zuständigen Behörde geändert werden und die Prämien können während der Dauer des laufenden Vertrages gestützt auf die genehmigte Tarifänderung einseitig erhöht werden.
- 10.5. Begünstigte und Anspruchsberechtigte aus der Risikoversicherung mit Allianz Suisse Leben ist einzig die Stiftung. Forderungen der Anspruchsberechtigten aufgrund des Vorsorgereglements richten sich stets gegen die Stiftung und nicht gegen Allianz Suisse Leben.

11. Frühere Vorsorgeeinrichtung

- 11.1. Die Stiftung haftet hinsichtlich der von der früheren Vorsorgeeinrichtung überwiesenen Kapitalien nicht dafür, dass diese von der früheren Vorsorgeeinrichtung entsprechend deren Reglement und den gesetzlichen Vorschriften richtig berechnet und geäuft wurden.
- 11.2. Die von der früheren Vorsorgeeinrichtung per Auflösungsdatum des Anschlussvertrags aufgrund einer durchgeführten Teilliquidation ermittelten und allenfalls wegen Unterdeckung um versicherungstechnische Fehlbeträge reduzierten Abfindungswerte sind der Stiftung als Eintrittsleistung zu übertragen und werden als Eintrittsleistung gutgeschrieben. Die Stiftung haftet insbesondere nicht für allfällige versicherungstechnische Fehlbeträge der früheren Vorsorgeeinrichtung und bei diesen zufolge Unterdeckung eingetretenen Verlusten bei den individuellen Altersguthaben.
- Vorbehalten bleibt eine zwischen Stiftung und dem Arbeitgeber in einer gesonderten Vereinbarung zum Anschluss zu treffende Regelung über die Sanierung von Unterdeckungsverlusten.
- 11.3. Die Übernahme bereits laufender Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen oder Anwartschaften von einer früheren Vorsorgeeinrichtung erfolgt nur aufgrund einer entsprechenden separaten Vereinbarung. Dazu benötigt die Stiftung insbesondere Informationen zu den zu übernehmenden Leistungsfällen (Name, Geschlecht, Adresse, Geburtsdatum, Rentenhöhe, Rentenart), zum Zeitpunkt der Übernahme sowie zur Höhe der Schadenreserven, welche von der früheren Vorsorgeeinrichtung oder allenfalls vom Arbeitgeber des Neuanschlusses zu erbringen sind. Kommt keine Einigung zustande, werden laufende Leistungsfälle von der Stiftung nicht übernommen.
- 11.4. Sofern eine gesetzliche Vorschrift besteht, dass der Anschluss mit der vorherigen Vorsorgeeinrichtung erst aufge-

löst werden kann, wenn die neue Vorsorgeeinrichtung bestätigt, dass sie die Rentner übernimmt, steht der Anschluss für den aktiven Bestand unter der Bedingung, dass eine solche Vereinbarung mit der Stiftung zustande kommt und Allianz Suisse Leben dieser zustimmt.

11.5. Kommt eine Vereinbarung über die Übernahme bereits laufender Renten zustande, werden die aktiven versicherten Personen und die Rentner zusammen in einem einzigen Vertragsverhältnis geführt. Dies gilt sowohl für den Anschluss als auch für die Risikoversicherung.

12. Auskunfts- und Mitteilungspflichten des Arbeitgebers

12.1. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, der Stiftung rechtzeitig sämtliche für die Durchführung der Personalvorsorge notwendigen Daten und die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen, wie:

- a) Meldung von Namens- oder Adressänderungen des Arbeitgebers;
- b) Anmeldung der zum reglementarisch zu versichernden Personenkreis zählenden Arbeitnehmer bei Beginn des Arbeitsverhältnisses oder der Versicherungspflicht mit Angaben über das bisherige Vorsorgeverhältnis;
- c) Abmeldung der zum reglementarisch zu versichernden Personenkreis zählenden Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder der Versicherungspflicht mit Angaben über das zukünftige Vorsorgeverhältnis;
- d) Meldung der für die Durchführung der Vorsorge relevanten Personendaten sowie deren Änderungen (Alter, Geschlecht, Zivilstand, Adresse, usw.);
- e) Angaben über die Arbeitsfähigkeit der zu versichernden und versicherten Personen, insbesondere bei deren An- und Abmeldung;
- f) Angaben darüber, ob Rentenleistungen der IV bezogen wurden, welche innerhalb der letzten drei Jahre aufgehoben oder reduzierte wurden;
- g) Meldung der (aufgerechneten) AHV-Jahreslöhne der zu versichernden und versicherten Personen für das laufende Versicherungsjahr (per Vertragsstichtag – in der Regel per 1. Januar) sowie wesentliche unterjährige Lohnänderungen von mindestens 20 Prozent;
- h) Meldung von wichtigen Änderungen, die Einfluss auf das Vorsorgeverhältnis haben, namentlich Abschluss, Änderung oder Aufhebung von Taggeldversicherungen, die für den Beginn der Leistungen der Stiftung – allenfalls für deren Aufschiebung – massgebend sind (Dauer der Wartefrist);
- i) Meldung von Vorsorgefällen bei Alter, Tod und Invalidität;
- j) Meldung der Änderung oder des Wegfalls anspruchsbegründender Voraussetzungen (z.B. Erreichen des Pensionierungsalters, Änderung des Arbeits- und Erwerbsunfähigkeitsgrades, Tod, Wiederverheiratung, Erreichen des Schlussalters, usw.);
- k) Meldung von personellen Veränderungen in der Vorsorgekommission;
- l) Meldung der Neuwahl der Vorsorgekommission nach Ablauf der Amtszeit;
- m) Meldung einer Änderung der für die tarifliche Einteilung in Risikoklassen (Branchentarif) massgebenden betrieblichen Verhältnisse;
- n) Meldung aller Voraussetzungen einer Teil- oder Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes;
- o) Meldung über den Anschluss des Arbeitgebers an eine andere Einrichtung der beruflichen Vorsorge.

12.2. Besondere Obliegenheiten bei Arbeitsunfähigkeit:

- a) Dem Arbeitgeber obliegt die unmittelbare, schriftliche Meldung an die Stiftung über die eingetretene (Teil-)Arbeitsunfähigkeit der versicherten Person, nachdem diese innert einer Rahmenfrist von 90 Tagen (ab erster Arbeitsunfähigkeit) länger als 30 Tage zu mindestens 40 Prozent arbeitsunfähig war. Die Stiftung stellt dem Arbeitgeber darauf das entsprechende Formular für die Anmeldung zum Bezug von Versicherungsleistungen zu. Dieses Formular hat der Arbeitgeber

der Stiftung innert 30 Tagen ab Briefdatum vollständig ausgefüllt und unterschrieben zur Verfügung zu stellen.

- b) Wenn die versicherte Person innert einer Rahmenfrist von 90 Tagen (ab 1. Arbeitsunfähigkeitstag) länger als 30 Tage zu mindestens 40 Prozent arbeitsunfähig ist, hat der Arbeitgeber die versicherte Person aufzufordern, sich bei der Eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) zur Früherfassung zu melden. Die Meldung der versicherten Person kann auch durch die Stiftung gefordert werden.

12.3. Die von der Stiftung für bestimmte Angaben, Meldungen und Auskünfte vorgesehenen besonderen Formulare müssen vom Arbeitgeber, von der Vorsorgekommission, von den versicherten Personen und Rentnern sowie übrigen Anspruchsberechtigten verwendet werden.

Die Folgen aus der Verletzung von Obliegenheiten durch versicherte oder anspruchsberechtigte Personen werden in den ARB geregelt.

12.4. Schliesst sich der Arbeitgeber einer oder mehreren anderen Vorsorgeeinrichtungen an, so dass bei der Stiftung versicherte Personen gleichzeitig auch bei anderen Vorsorgeeinrichtungen versichert sind, hat er dies der Stiftung unverzüglich zu melden und dafür zu sorgen, dass die Vorsorge bei den anderen Vorsorgeeinrichtungen so ausgestaltet wird, dass der Grundsatz der Angemessenheit für die Gesamtheit der Vorsorgeverhältnisse eingehalten ist.

12.5. Sämtliche Angaben, Meldungen und Auskünfte müssen wahrheitsgetreu spätestens innert 30 Tagen seit Kenntnis an die Stiftung erfolgen. Diese Frist gilt auch für die von der Stiftung verlangten Dokumente, Unterlagen, Nachweise und Belege, welche für die Beurteilung eines Sachverhaltes und die Zusammenarbeit mit den IV-Stellen erforderlich sind. Solange diese Informationen und Dokumente ausbleiben, ist die Stiftung berechtigt, die entsprechenden Vorkehrungen zu unterlassen; sie wird - zwingende gesetzliche Bestimmungen vorbehalten - weder Schadenersatz- noch verzugszinspflichtig. In Bezug auf die Meldung der AHV-Jahreslöhne gemäss Ziffer 12.1 Buchstabe g ist der Arbeitgeber jedoch verpflichtet, der Stiftung die aktuellen Löhne bis spätestens 30. Juni des massgebenden Versicherungsjahres bekanntzugeben.

12.6. Sind Auskunfts- und Mitteilungspflichten verletzt worden und muss die Stiftung ohne eigenes Verschulden gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber den versicherten Personen und Rentnern sowie übrigen Anspruchsberechtigten für Leistungen eintreten, die mangels ausreichender Beitragszahlung des Arbeitgebers nicht finanziert sind, so richten sich die entsprechenden Schadenersatzansprüche gegen den Arbeitgeber sowie diejenige Person, welche die Pflichtwidrigkeit zu verantworten hat.

12.7. Die Stiftung erbringt gegenüber dem ihr angeschlossenen Arbeitgeber sowie gegenüber den versicherten Personen und weiteren Anspruchsberechtigten die gesetzlich geforderten und im Vorsorgereglement vorgesehenen Informationen. Zu zusätzlichen Informationen, die gesetzlich oder reglementarisch nicht vorgesehen sind, ist sie nicht verpflichtet. Zusätzliche Informationen können gewährt werden, wenn die entstehenden Kosten ersetzt werden.

- 12.8. Die Unterlagen, die der Arbeitgeber benötigt, um sein Personal über den wesentlichen Inhalt des Anschlusses, dessen Änderungen und dessen Auflösung zu informieren, werden ihm auf Anfrage von der Stiftung zugestellt und/oder sind im Internet (www.allianz.ch) abrufbar.

13. Versicherungsschutz / Haftung

- 13.1. Mit Zustandekommen des Anschlusses gewährt die Stiftung ab Vertragsbeginn Versicherungsschutz im Umfange der massgebenden BRB für alle angemeldeten und zu versichernden aktiven Personen (vollständig und teilweise erwerbsfähige) vorbehaltlich der individuellen Risikoprüfung, die bei Zustandekommen des Anschlusses noch ausstehend ist.
- 13.2. Der Versicherungsschutz ist jedoch vorerst bis zum Abschluss der Risikoprüfung provisorisch. Wird ein bei der Stiftung bestehender Anschluss durch einen Anschluss ohne Leistungserhöhung ohne Unterbruch abgelöst, wird der definitive Versicherungsschutz ohne Unterbruch gewährt. Bei Vertragsablösung mit Leistungserhöhung wird ab Beginn des neuen Anschlusses vorerst provisorischer Versicherungsschutz gewährt.
- 13.3. Im Rahmen des provisorischen Versicherungsschutzes besteht Deckung für alle versicherten Leistungsfälle, welche nachweislich ab Vertragsbeginn eintreten und nicht Folgen von Krankheiten, Gebrechen oder Unfällen sind, welche vor dem Vertragsbeginn bestanden haben.
- 13.4. Bereits vor Beginn des Anschlusses entstandene Leistungsfälle werden nur aufgrund separater Vereinbarung übernommen.
- 13.5. Die Stiftung lehnt unter Vorbehalt zwingender gesetzlicher Bestimmungen jede Haftung für Folgen ab, die sich aus einer Verletzung der Anzeigepflicht beim Vertragsabschluss (insbesondere falsche Angaben zu den für die Durchführung der beruflichen Vorsorge relevanten Personendaten) sowie der Auskunfts- und Mitteilungspflichten des Arbeitgebers, der versicherten Person oder der Anspruchsberechtigten ergeben. Insbesondere wenn die zu versichernden oder versicherten Personen und Rentner sowie übrigen Anspruchsberechtigten erhebliche Tatsachen, die sie kannten oder kennen mussten, unrichtig mitgeteilt oder verschwiegen haben, ist die Stiftung berechtigt, die Leistungen aus der Vorsorge auszuschliessen oder bis auf die Mindestleistungen gemäss BVG zu reduzieren, sofern sie darüber innert sechs Monaten seit Kenntnis Mitteilung macht. Der mit der eingebrachten Austrittsleistung erworbene Vorsorgeschutz darf dabei nicht geschmälert werden. Allfällige Regress- sowie Schadenersatzansprüche bleiben vorbehalten, wobei der Arbeitgeber bei Verletzung des vorliegenden Anschlusses gegenüber der Stiftung eine vertragliche Schadenersatzpflicht trägt.
- 13.6. Muss die Stiftung Leistungen erbringen, die nicht versichert oder mangels ausreichender Beitragszahlung des Arbeitgebers nicht finanziert sind, wird der Arbeitgeber der Stiftung gegenüber ersatzpflichtig.
- 13.7. Werden in einem Invaliditätsfall vor Ablauf der gemäss Vorsorgeplan vertraglich vereinbarten Wartefrist Leistungen geschuldet, weil die kollektive Krankentaggeldversicherung nicht oder nicht mehr die entsprechenden Taggelder bezahlt, haftet der Arbeitgeber gegenüber der Stiftung für die Summe der Leistungen bis zum Ablauf der Wartefrist. Zudem wird die Wartefrist für den gesamten versichertenbestand rückwirkend angepasst, und der Arbeitgeber ist verpflichtet, die entsprechend höheren Beiträge an die Stiftung nachzubezahlen.
- 13.8. Bleibt die Wahl der Vorsorgekommission aus, so trägt der Arbeitgeber hierfür die Verantwortung und haftet für sämtliche Schäden, die der Stiftung dadurch entstehen.

14. Konten

- 14.1. Die Stiftung führt für das Vorsorgewerk die erforderlichen Konten, insbesondere für "Freie Mittel" und "Arbeitgeberbeitragsreserve". Die Verzinsung erfolgt gemäss den jeweils gültigen vom Stiftungsrat festgelegten Aktiv- und Passivzinssätzen.
- 14.2. Für den angeschlossenen Arbeitgeber wird ein Beitragskonto gemäss den "Bestimmungen für das Beitragskonto" geführt. Die "Bestimmungen für das Beitragskonto" können von der Stiftung jederzeit an veränderte Verhältnisse angepasst werden. Jede Änderung der Bestimmungen wird dem Arbeitgeber im Voraus angezeigt.
- 14.3. Die auf den Konten des Vorsorgewerks geäußerten Beträge sind unwiderruflich der Vorsorge gewidmet. Eine Rückzahlung an den Arbeitgeber ist ausgeschlossen. Die Rückerstattung bezahlter Beiträge an den Arbeitgeber ist grundsätzlich nicht möglich.

15. Zahlungsverpflichtungen

- 15.1. Der Arbeitgeber schuldet der Stiftung gemäss den massgebenden BRB die reglementarischen Altersgutschriften und die für die Versicherung der Risiken Tod und Invalidität in Rechnung gestellten Risikobeiträge (inkl. Verwaltungskosten), die durch die Stiftung erhobenen Kostenbeiträge gemäss dem jeweils gültigen Kostenreglement sowie alle weiteren gesetzlichen und reglementarischen Beiträge.
- 15.2. Die Beitragsberechnung erfolgt aufgrund der vom Arbeitgeber gemeldeten zu versichernden Jahreslöhne und unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen Altersguthaben der zur Versicherung angemeldeten Personen. Gemeldeter Jahreslohn und versicherter Jahreslohn sind in den BRB definiert.
- 15.3. Die Meldung der Jahreslöhne durch den Arbeitgeber erfolgt mit Wirkung per Beginn des Anschlusses, später per Beginn jedes Kalenderjahres und per Beginn der Versicherung mittels einer von ihm ausgefüllten und durch Unterschrift anerkannten Lohnliste oder durch Meldung in einem elektronischen Portal. Bringt der Arbeitgeber die aktuelle Lohnliste nicht bis 30. Juni bei, werden der Beitragsberechnung die letzten durch Unterschrift des Arbeitgebers oder durch Meldung in einem elektronischen Portal anerkannten Löhne zu Grunde gelegt. Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet stattdessen für die Berechnung der Beiträge auf die gegenüber der zuständigen AHV-Ausgleichskasse beitragspflichtigen Löhne abzustellen.
- 15.4. Kostenbeiträge setzen sich zusammen aus den tariflichen Kostenbeiträgen und den Kosten gemäss Kostenreglement, die ebenfalls Teil des Tarifes bilden. Das Kostenreglement kann jederzeit an veränderte Verhältnisse angepasst werden.
- 15.5. Im Falle einer Unterdeckung der Stiftung ist der Arbeitgeber verpflichtet, die zur Behebung der Unterdeckung die im geltenden Sanierungsreglement vorgesehenen Beiträge zu bezahlen.

- 15.6. Der Arbeitgeber schuldet der Stiftung die gesamten Beiträge. Er zieht den in den BRB festgelegten Beitragsteil der Arbeitnehmer vom Lohn ab. Der Arbeitgeber verpflichtet sich, die Beiträge aufgrund von Rechnungen oder Kontoauszügen zu überweisen. Fälligkeit sowie allfällige Zahlungsfristen und Verzugsfolgen richten sich nach den ARB und den "Bestimmungen für das Beitragskonto".
- 15.7. Die Stiftung erstellt periodisch Kontoauszüge. Unabhängig davon ist der Arbeitgeber verpflichtet, regelmässig Teilzahlungen zu leisten. Kontoauszüge der Stiftung gelten als genehmigt, sofern sie nicht spätestens 30 Tage nach Erhalt beanstandet werden. Die stillschweigende Genehmigung schliesst alle im Kontoauszug enthaltenen Posten ein. Ein Saldo zu Gunsten des Arbeitgebers wird per 31. Dezember auf neue Rechnung vorgetragen. Ein Saldo bei Auflösung des Anschlusses zugunsten der Stiftung ist sofort zahlbar.
- 15.8. Bei Zahlungsverzug können dem Beitragskonto zusätzlich Mahnkosten sowie die im Kostenreglement vorgesehenen Kosten belastet werden. Die Kosten, die durch den Arbeitgeber verursacht werden, dürfen von ihm nicht auf die Arbeitnehmer überwältzt werden.
- 15.9. Die Vorsorgekommission und die Aufsichtsorgane werden spätestens 3 Monate nach Ende des Kalenderjahres informiert, wenn der Saldo per 31. Dezember des Vorjahres bis dann noch nicht beglichen ist. Bei Auflösung des Anschlusses erfolgt die Information sofort.

16. Überschussbeteiligung aus Versicherungsvertrag

- 16.1. Die Stiftung ist nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Überschusszuteilungsplanes an den Überschüssen von Allianz Suisse Leben im Geschäft der beruflichen Vorsorge beteiligt. Die Überschüsse werden von Allianz Suisse Leben jeweils per Ende des Kalenderjahres nach den gesetzlichen Vorschriften für das gesamte Geschäft der beruflichen Vorsorge ermittelt. Die Überschüsse werden der Stiftung gutgeschrieben. Über die Verwendung des Überschusses entscheidet der Stiftungsrat.

17. Vertragsbeginn und -ende

- 17.1. Der Anschluss ist auf eine feste Dauer abgeschlossen. Beginn und Ende sind in Offerte und Antrag festgehalten. Erfolgt spätestens sechs Monate vor Ablauf der festen Vertragsdauer durch eine der Vertragsparteien keine Kündigung (ordentliche Kündigung), verlängert sich der Anschluss jeweils stillschweigend um ein weiteres Jahr mit gleicher Kündigungsfrist.
- 17.2. Zudem besteht bei einer im Sinne des BVG wesentlichen Änderung des Anschlusses ein gesetzliches Kündigungsrecht. Wesentliche Änderungen im Sinne des BVG werden mindestens sechs Monate, bevor sie wirksam werden, schriftlich angekündigt. Der Vertrag kann unter Einhaltung einer Frist von 30 Tagen auf den Zeitpunkt gekündigt werden, auf den die Änderung wirksam werden soll.
- 17.3. Erfolgt die Kündigung des Anschlusses durch den Arbeitgeber, so hat das Personal oder die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitnehmervertretung schriftlich zuzustimmen. Falls eine solche Arbeitnehmervertretung gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, hat die Arbeitnehmervertretung in der Vorsorgekommission schriftlich zu bestätigen, dass das Personal der Kündigung zugestimmt hat. Die schriftliche Zustimmung und die Bestätigung der Zustimmung müssen vor Beginn der Kündigungsfrist bei der Stiftung eintreffen. Sobald eine gesetzliche Vorschrift verlangt, dass der Anschluss erst aufgelöst werden kann, wenn die neue Vorsorgeeinrichtung bestätigt, dass sie die Rentner übernimmt, wird die Kündigung des Arbeitgebers nur dann wirksam, wenn diese Bestätigung der neuen Vorsorgeeinrichtung bis zum Wirkungsdatum der Kündigung bei der Stiftung eintrifft.
- 17.4. Wird das Unternehmen des Arbeitgebers oder werden Teile davon veräussert, ohne dass der Anschluss von Gesetzes wegen auf den Erwerber übergeht, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Anschluss für die übergegangenen Arbeitsverhältnisse mit allen Rechten und Pflichten auf den Erwerber zu übertragen. Kommt der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nach, hat er die bis zum ordentlichen Ablauf des Anschlusses aufgerechneten Risiko- und Kostenbeiträge, als pauschalen Schadenersatz zu zahlen, ohne dass die Stiftung einen Schaden nachzuweisen hat. Der Arbeitgeber bleibt trotz Zahlung dieses pauschalen Schadenersatzes verpflichtet, der Stiftung einen allfälligen weitergehenden Schaden zu ersetzen. Solche Schadenersatzzahlungen dürfen nicht auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.
- 17.5. Falls der Arbeitgeber trotz Mahnung seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, ist die Stiftung befugt, den Anschluss mit sofortiger Wirkung zu kündigen. Zudem erlischt der Anschluss am Monatsende der Eröffnung eines Liquidations- oder Konkursverfahrens über den Arbeitgeber. Die zuständige AHV-Ausgleichskasse und die Vorsorgekommission werden von der Stiftung über die Auflösung des Anschlusses in Kenntnis gesetzt.
- 17.6. Verbleibt der selbständig erwerbende Arbeitgeber allein im Vorsorgewerk, löst die Stiftung den Anschluss per Ende des dem Austritt des letzten versicherten Arbeitnehmers folgenden Kalenderjahres einseitig auf.

18. Folgen der Vertragsauflösung

- 18.1. Mit der Auflösung des Anschlusses endet der Sparprozess und der Versicherungsschutz gemäss den massgebenden BRB erlischt per Auflösungsdatum (Wirkungsdatum). Vorbehalten bleiben die nachfolgenden Bestimmungen. Die Auflösung wird der Auffangeinrichtung gemeldet.
- 18.2. Wird der Anschluss aufgelöst, sind vom Wegfall des Versicherungsschutzes die arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen Personen, die teilinvaliden und teilpensionierten Personen in Bezug auf ihren aktiven Teil sowie alle voll- und teilinvaliden Personen vor Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters in Bezug auf ihren Rententeil betroffen. Die Altersrentner, die teilpensionierten Altersrentner in Bezug auf ihren Rententeil sowie die Hinterlassenenrentner gehören weiterhin der Stiftung an, sofern dies in einer Übernahmevereinbarung nicht ausdrücklich anders geregelt wurde. Erfolgt die Kündigung des Anschlusses durch die Stiftung und übernimmt die neue Vorsorgeeinrichtung die Invaliden-Rentner sowie die gemäss separater Übernahmevereinbarung

- rung wieder mitzunehmenden Alters- und Hinterlassenenrentner nicht, verbleiben sie in Bezug auf ihren Rententeil bei der Stiftung.
- Erfolgt die Kündigung des Anschlusses durch den Arbeitgeber und übernimmt die neue Vorsorgeeinrichtung die Invaliden-Rentner sowie die gemäss separater Übernahmevereinbarung wieder mitzunehmenden Alters- und Hinterlassenenrentner nicht, kann der Anschluss vom Arbeitgeber nicht aufgelöst werden. Vorbehalten bleiben abweichende Vereinbarungen mit der neuen Vorsorgeeinrichtung, welcher sich der Arbeitgeber anschliesst, oder mit deren Versicherer betreffend die Übernahme nur eines Teilbestandes der Rentner durch die neue Vorsorgeeinrichtung, sofern die Stiftung und Allianz Suisse Leben diesen abweichenden Vereinbarungen zustimmen.
- 18.3. Der Arbeitgeber ist zusammen mit der Vorsorgekommission verpflichtet, die Übernahme der Vorsorge durch die neue Vorsorgeeinrichtung mit dieser rechtzeitig verbindlich zu regeln, so dass für die Rentner, die nicht bei der Stiftung bleiben, kein Unterbruch in der Rentenzahlung entsteht.
- 18.4. Mit dem Verbleib von Rentnern bei der Stiftung werden der Anschluss und die Risikoversicherung in Bezug auf die Rentner bis zum Erlöschen der Rentenansprüche weitergeführt. Für die künftigen gesetzlichen Beiträge an den Sicherheitsfonds wird dem Beitragskonto ein Pauschalbetrag belastet und dem Arbeitgeber in Rechnung gestellt.
- 18.5. Bei Auflösung des Anschlusses wird für die aufgelösten Versicherungen der Abfindungswert und für Invalidenrentner zusätzlich das bei der Stiftung geführte passive Altersguthaben erbracht. Die Ermittlung des Abfindungswertes erfolgt unter Berücksichtigung der Dauer des aufgelösten Anschlusses in Anwendung der auf den versicherungstechnischen Grundlagen der Allianz Suisse Leben basierenden und von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigten Regelung zur Berechnung des Abfindungswertes bei Vertragsauflösung gemäss den Allgemeinen Bedingungen Kollektivversicherung im Rahmen des BVG (AB BVG) samt technischem Anhang dazu. Der Abfindungswert für die aktiven versicherten Personen entspricht dem Altersguthaben.
- Im Falle einer Teil- oder Gesamtliquidation werden versicherungstechnische Fehlbeträge nach Massgabe der Regelung im Teilliquidationsreglement und im Sanierungsreglement abgezogen. Wird dabei das gesetzliche Minimum des Altersguthabens gemäss Art. 15 BVG unterschritten, trifft den Arbeitgeber eine Ausfinanzierungspflicht durch eine entsprechende Einlage.
- 18.6. Die Abfindungswerte werden in Kapitalform an die neue Vorsorgeeinrichtung übertragen. Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet Akontozahlungen an die neue Vorsorgeeinrichtung vorzunehmen und über das Wirkungsdatum der Auflösung hinaus bezahlte Renten in Abzug zu bringen.
- 18.7. In den übrigen Fällen werden die entsprechenden Vorsorgeansprüche (Abfindungswerte) der versicherten Personen und Rentner in gesetzlich zulässiger Form sichergestellt.
- 18.8. Allfällige kollektive Mittel des Vorsorgewerks werden an die neue Vorsorgeeinrichtung überwiesen, sofern sie nicht verteilt werden müssen.
- Müssen die kollektiven Mittel verteilt werden, erfolgt die Verteilung nach den Vorschriften des Teilliquidationsreglements.
- Allfällige Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht werden nach Tilgung aller ausstehenden Beiträge zu Gunsten des Arbeitgebers der neuen Vorsorgeeinrichtung überwiesen.
- Allfällige Guthaben auf dem Beitragskonto werden zugunsten des Arbeitgebers der neuen Vorsorgeeinrichtung überwiesen und, wo dies nicht möglich ist, an den Arbeitgeber ausbezahlt.
- 18.9. Hat der Arbeitgeber alle seine Verpflichtungen erfüllt und ist die Stiftung mit der Überweisung der Altersguthaben der arbeitsfähigen Personen in Verzug, schuldet sie auf dieser Summe einen Verzugszins. Die Höhe dieses Verzugszinses richtet sich nach den Branchenvereinbarungen und -empfehlungen, wenn diese für die neue Vorsorgeeinrichtung oder deren Versicherer auch massgebend sind. Andernfalls entspricht der Verzugszins dem von der Stiftung im Zeitpunkt der Vertragsauflösung für die Verzinsung der betreffenden Altersguthaben angewendeten Zinssatz.
- 18.10. Die Abfindungswerte für die arbeitsunfähigen Personen sowie die Abfindungswerte laufender Prämienbefreiungs- und/oder Rentenverpflichtungen werden nur verzinst, wenn dies in der Vereinbarung betreffend deren Übernahme durch die neue Vorsorgeeinrichtung ausdrücklich vorgesehen ist und Allianz Suisse Leben dieser Regelung in Bezug auf die Risikorenten zustimmt.

19. Vertragsablösung

Bestand bereits ein Anschluss des Arbeitgebers bei der Stiftung, gilt dieser als aufgehoben und an dessen Stelle wird ein neuer Vertrag abgeschlossen.

20. Behandlung und Schutz von Daten und Privatsphäre

- 20.1. Die Bearbeitung von Personendaten bildet eine unentbehrliche Grundlage der Durchführung der Vorsorge.
- Vor Vertragsabschluss ist die Datenbearbeitung erforderlich für den Entscheid, ob und zu welchen Bedingungen der Anschluss abgeschlossen werden kann.
- Während der Dauer des Anschlusses ist die Datenbearbeitung nötig für die Verwaltung des Vertrages (u.a. Beitragsabrechnungen) und der Vorsorgeverhältnisse der versicherten Personen und bei der Meldung eines Leistungsfalles, um sicherzustellen, dass nur berechnete Forderungen bezahlt werden.
- Vor Vertragsabschluss und während der Vertragsdauer kann es zur Risikobeurteilung (risikogerechte Prämie), zur weiteren Abklärung des Sachverhalts sowie im Leistungsfalle notwendig sein, Anfragen an Dritte im In- und Ausland zu richten und mit diesen Dritten Daten auszutauschen.
- 20.2. Für die Bearbeitung von Personendaten der obligatorischen Vorsorge gelten die spezialgesetzlichen Bestimmungen des BVG betreffend die Bearbeitung von Personendaten, die Akteneinsicht, die Schweigepflicht, die Datenbekanntgabe sowie die Amts- und Verwaltungshilfe. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes (DSG).
- 20.3. In erster Linie werden die Angaben aus der Anmeldung und dem Gesundheitsfragebogen von versicherten Personen und aus der Anmeldung zum Bezug von Versicherungsleistungen bei Arbeits- / Erwerbsunfähigkeit bearbeitet. Sofern erforderlich, werden auch bei Dritten sachdienliche Informationen eingeholt (Vorversicherer betreffend bisherigen Schadenverlauf, Mit- und Rückversicherer, Medizinalpersonen, Ärzte, Arbeitsstellen, Spitäler, Sozialversicherer, Vorsorgeeinrichtungen sowie Kollektivtaggeldversicherungen). Falls erforderlich, werden die Einwilligungen bei den versicherten Personen eingeholt.

- 20.4. Die sich aus den Antragsunterlagen oder aus der Durchführung des Vorsorgeverhältnisses ergebenden Daten der versicherten Person werden an Allianz Suisse Leben übermittelt. Diese gibt die versicherungsbezogenen Daten - soweit dies zur Durchführung der Risikoversicherung erforderlich ist - an andere Versicherungseinrichtungen, namentlich an Mit- und Rückversicherer, weiter. Die Stiftung und Allianz Suisse Leben können die Bearbeitung der Daten durch Vereinbarung Dritten im In- und Ausland übertragen, sofern gesetzliche Datenschutzregeln im Ausland einen angemessenen Schutz der Daten gewährleisten und die Drittbearbeiter der gesetzlichen Schweigepflicht unterstehen oder sich zu deren Einhaltung verpflichten.
- 20.5. Im Falle eines Rückgriffs auf einen Schädiger der versicherten Person ist die Stiftung ermächtigt, die für die Durchsetzung ihrer Regressansprüche nötigen Daten dem haftpflichtigen Dritten respektive dessen Haftpflichtversicherer mitzuteilen.
- 20.6. Zur Verhinderung/Bekämpfung von Missbräuchen und ungerechtfertigten Leistungsbezügen können die Stiftung und Allianz Suisse Leben unter Wahrung der Prinzipien der Verhältnismässigkeit und des Datenschutzes bei begründetem Missbrauchsverdacht auch Überwachungs- und Observationsmassnahmen ergreifen oder solche im erforderlichen Ausmass an sorgfältig ausgewählte Dritte, welche sich ihrerseits ausdrücklich zur Einhaltung der Schweigepflicht verpflichten, delegieren.
- 20.7. Weitere Informationen, auch zu weiteren Nutzungen und Empfängern der Daten und der damit verbundenen Rechte, sind in der Datenschutzerklärung auf <http://www.allianz.ch/privacy> festgehalten

21. Änderung der Anschlussbedingungen

- 21.1. Die Stiftung kann die Anschlussbedingungen jederzeit einseitig ändern.
- 21.2. Die Änderung der Anschlussbedingungen fällt in die Kompetenz des Stiftungsrates.
- 21.3. Geänderte Anschlussbedingungen werden von der Stiftung vor ihrer Inkraftsetzung publiziert. Sie gelten ab dem vom Stiftungsrat festgelegten Datum ihrer Inkraftsetzung für sämtliche in diesem Zeitpunkt bestehenden Anschlüsse. Unter Vorbehalt anders lautender Bestimmungen gelten für Geschäftsvorfälle, die vor dem Inkrafttreten eingetreten und abgeschlossen sind, noch die bisherigen Anschlussbedingungen.

22. Schlussbestimmungen

- 22.1. Treten während der Dauer des Anschlusses in den für die Durchführung der Vorsorge zwingenden gesetzlichen Bestimmungen und/oder in den tariflichen Grundlagen der kollektiven Risikoversicherung Änderungen ein, so beeinflusst eine solche Änderung weder den Vertragsabschluss, noch stellt sie einen Auflösungsgrund dar. Der Vertrag wird angepasst und die Parteien sind verpflichtet, diesen mit den angepassten Bedingungen weiterzuführen. Vorbehalten bleibt das gesetzliche Kündigungsrecht des Arbeitgebers
- 22.2. Die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner für den Anschluss massgebender Bestimmungen führt nicht zur Ungültigkeit des gesamten Anschlusses. Die Parteien sind verpflichtet, anstelle der ungültigen Bestimmung eine Regelung zu treffen, welche dem Sinn und Zweck sowie dem wirtschaftlichen Ergebnis der ungültigen Bestimmung am nächsten kommt.

23. Anwendbares Recht / Rechtspflege

- 23.1. Der Anschluss und die Rechtsbeziehungen zwischen dem Arbeitgeber und der Stiftung unterstehen schweizerischem Recht, soweit nicht andere Rechtsvorschriften zwingend zur Anwendung gelangen.
- 23.2. Für die der Stiftung angeschlossenen Arbeitgeber ohne schweizerisches Rechtsdomizil gilt die gegenüber der Stiftung zuletzt bekannt gegebene Geschäftsadresse in der Schweiz als rechtsgültige Zustelladresse und Wallisellen als Betreuungsort und Gerichtsstand, soweit nicht ein zwingender Gerichtsstand beachtet werden muss.